

Sattler-Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-Tapezierer- u. Portefeuille-Verbandes

ersch. wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 90 Pfennig.
Bestellung bei allen Postämtern. Mitglieder kostenlos.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelstr. 14 II
Fernsprecher: 37 Jannowitz 2120

Anzeigen die dreifach, Postzeitung 1 Mt. Aufnahme nur bei vor-
heriger Gebühren-Einsendung auf Postkonto Alfred Riebel 11502, Post-
fachamt Berlin. Rabatt wird nicht gewährt. Redaktionssch. Freitag

Kartell, Kaufkraft, Krise.

Die Wirtschaftsgeschichte kennt Krisen, auch von dem Ausmaße der zurzeit herrschenden, in großer Zahl. Ihre Entstehungsgründe, ihr Verlauf und ebenso ihre Entspannung mit dem Umschwung zur Wirtschaftsbelebung haben den Nationalökonomen früherer Jahrzehnte deutliche Anhaltspunkte zur Beurteilung des jetzigen Standes der Krise. Darüber, daß Wirtschaftskrisen ihre tiefste Wurzel im kapitalistischen Wirtschaftssystem haben, daß sie gewissermaßen ein wesentlicher Bestandteil desselben sind, herrschte stets weitgehende Übereinstimmung. Nur in der Empfehlung der Methoden zur Ausschaltung oder Überwindung der Krisen schieden sich von jeher und scheiden sich auch heute noch die Geister.

Der Sozialismus erstrebt eine Beilegung des wirtschaftlichen und sozialen Übels „Krise“ an der Wurzel, also beim Wirtschaftssystem. Die liberal-kapitalistische Marktwirtschaft mit Überproduktion auf der einen und unstillbarem Massenbedarf auf der anderen Seite, mit Kapitalfehllösungen und leistungsfähiger Preisgestaltung, soll einer nach den Gesetzen der Vernunft und der Planmäßigkeit geleiteten Wirtschaft Platz machen. Der Anhänger der liberalen Marktwirtschaft erkennt ebenso wie der Sozialist das kapitalistische Wirtschaftssystem als die letzte Ursache der Krise an. Nur baut er seine Hoffnungen auf die diesem System innewohnende Selbstheilung. Gewiß hat die Überproduktion, wenn sie einen bestimmten Grad erreicht, Massenarbeitslosigkeit, steigende Konturzfisuren und Wechselprobleme zur Folge, aber auch sinkende Zinssätze und fallende Preise gehören zu ihren Begleiterscheinungen. Die übergroßen Lagerbestände lösen einen außerordentlich stark verschärften Konkurrenzkampf aus, dessen Folge ein rapides Absinken der Preise ist. Da ja Unternehmen zu Unternehmen in Konkurrenz steht. Dadurch, so argumentiert der liberale Wirtschaftspolitiker, verlieren selbst Lohnherabsetzungen etwas von ihrer sozialen Härte, und das gesamte Preisniveau erschießt dem Warenbesitzer im Ausland wie auch im Inlande neue Märkte, wodurch der einer jeden Krise folgenden Hochkonjunktur die Wege geebnet werden.

Wie stark die Deffektivität auch heute noch von derartigen Gedankengängen befangen ist, die der Kammer der liberalen Wirtschaftswissenschaften entstammt, zeigen die Vorschläge, die alle zur Heilung der jetzt tobenden Wirtschaftskrise gemacht werden, und zeigt weiter das Echo, das diesen entgegenfällt. Und doch liegt hier eine Verkennung wirtschaftlicher Tatsachen vor. Solange wir einen reinen Kapitalismus, besser eine sich frei entfaltende Konkurrenzwirtschaft hätten, könnte man dem Rezept der Preis- und Lohnsenkung eine gewisse logische Berechtigung nicht absprechen. Wie aber sieht es heute?

Wird einmal ist es naiv, daran zu glauben, Lohn- und Preisentlungen würden uns in hohem Maße auf den Auslandsmärkten neue Absatzfelder erschließen. Das wesentliche Merkmal der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahrzehnte ist die starke Verflechtung der einzelnen Nationalwirtschaften zu einer sich immer enger verbindenden Weltwirtschaft. Absatz- und Kreditverdrängen pressen heute Volkswirtschaft an Volkswirtschaft, deren Enge keine Zollschranke wesentlich zu beeinträchtigen vermag, und internationale Kartelle von früher kaum geahnter Macht konnten entstehen, weil eben

der internationale Markt nur als ein Ganzes betrachtet werden kann. Diese Verbundenheit hat aber zur Folge, daß sich jede bedeutende Störung, die an irgendeiner Stelle des Marktes auftritt, zu internationalen Maßstäben auswächst. In der Tat ist ja auch die jetzt tobende Wirtschaftskrise nahezu eine Weltkrise. Sie hat nicht nur die Vereinigten Staaten von Nordamerika, England, Belgien, Schweden, Norwegen, Polen, Deutschland und Oesterreich erfaßt, sondern auch die Staaten, die bereits Versuche zu einer planmäßigen Wirtschafts-gestaltung unternommen haben, also Italien und Rußland. In der Reihe all dieser Mächte erscheint Frankreich, das bisher von der Krise verschont geblieben ist, als unbedeutende Ausnahme. In all den oben genannten Staaten herrscht Krisenstimmung, dort überall haben sich die Märkte verengt und können kaum die heimischen Produkte aufnehmen. Wie sie noch für uns zu neuem Absatzfeld werden sollen, bleibt wahrscheinlich ewiges Geheimnis.

Von dort ist also wirkliche Hilfe nicht zu erwarten. Wenden wir uns deshalb den Verhältnissen auf dem Binnenmarkt zu. Wenn hier noch zutreffen würde, daß die Krise einen verschärften Konkurrenzkampf auszulösen imstande ist, in dessen Verlauf sich die Preise sichtbar senken, dann müßte die Maßstabszahl für die Lebenshaltungskosten diese Bewegung widerspiegeln. Aber was sehen wir da! Im Krisenjahr 1929 stand der amtliche Lebenshaltungszindex auf 153,8 und lag somit noch um einige Punkte höher als im Vorjahre, wo er mit 151,7 ausgewiesen wurde. Erst die letzten Monate dieses Jahres brachten ein leichtes Absinken, nämlich von 151,8 im Januar auf 146,7 im Mai. Dieser sich hier widerspiegelnde Preisrückgang ist selbst dann, wenn wir den schon längst als reaktionsbedürftig erkannten Lebenshaltungszindex einmal als getreuen Gradmesser der Preisbewegung gelten lassen wollen, so minimal, das seine Entlastung im Arbeiterhaushalt davon nicht zu spüren sein kann. Der Grund dafür liegt in der veränderten Struktur unserer Wirtschaft. Die mehr als 3000 Kartelle und einige marktbeherrschende monopolartige Einzelunternehmen haben den Konkurrenzkampf aufgehoben. Preisentlungen sind nicht mehr eine sich frei entfaltende Erscheinung, sondern sie müssen beschlossen werden. Aber selbst wenn man in dieser oder jener Kartelleitung dazu übergehen würde, dann ist das Wirkungsfeld des Preisbeschlusses immer nur auf das jeweilige Kartell beschränkt. Das Kohlenpreiskartell kann nur die Kohlenpreise, das Glühlampenkartell nur die Preise für Beleuchtungskörper ermäßigen. Diese Beschränktheit des Kartells, stets nur für einen oder einige Artikel den Preis binden zu können, macht das Problem der Lohn- und Preisentlung heute so kompliziert, ja seine Lösung unmöglich, denn auch der Tarifvertrag ist „horizontal“ organisiert, auch er gilt in der Regel für die Arbeiterkraft einer bestimmten Branche. Wird nun für diese der Lohn abgebaut und auch der Preis gesenkt, so bringt diese Arbeiterkategorie zwar ein ganz besonders großes soziales Opfer, für das sie aber nie einen Ausgleich bekommen kann, da ihr niemand garantieren kann, ob und in welchem Maße sich diese eine Preisentlung-Tendenz im Gesamtpreisniveau auswirken wird. Das aber ist für ihre Lebenshaltung entscheidend.

Da, wie oben schon dargelegt worden ist, von einer Ablagerweiterung auf den Auslandsmärkten

die Heilung der Krise nicht zu erwarten ist, so ist die Inlandstaufkraft besonders pfleglich zu behandeln. Eine Preisentlung aber, die nicht größer sein würde als die Lohnsenkung, bedeutet gleichbleibende, nicht steigende Kaufkraft. Das alles zeigt, daß die heute so stark hervortretende Arbeitgeberpropaganda nicht dem Ziele einer Krisenüberwindung gilt, daß weiter der Fall Stahlwert Becker, der Oegnhäuser Schiedspruch für die westdeutsche Metallindustrie und das Manöver der Mansfeld A.-G. Machtpöbel sind, die nur eigenwillige Durchsetzung reaktionärer Arbeitgeberwünsche bezwecken. Die Nationalökonomien aber, die sich für jene Pläne begeistern, übersehen den Strukturwechsel, den die deutsche Wirtschaft während der letzten Jahre und Jahrzehnte erfahren hat. Sie wollen einem in die Höhe geschossenen und in die Breite gelangenen Wirtschaftskörper einen Konfirmationsanzug anpassen. F. A.

Reorganisierung des IGB.

Nachdem England und Schweden den Antrag stellen, den Sitz des Internationalen Gewerkschaftsbundes wieder nach Berlin zu verlegen, kann wohl mit der Annahme dieses Antrages gerechnet werden. Wenn es auch vielleicht verfrüht ist, rückblickend die Amsterdamer Periode zu betrachten, so ist es an der Zeit, die notwendige Reorganisierung des IGB vorzubereiten.

Die Amsterdamer Epoche war, besonders in den ersten Jahren, einer großartigen Propaganda gewidmet, behindert durch die bolschewistische Spaltung, begünstigt durch die Schaffung der Internationalen Arbeitsorganisation. Gleichzeitig hat aber auch der IGB, befruchtend und anfeuernd auf Genf gewirkt. Niemand wird behaupten, daß der Erfolg der Propaganda in einem entsprechenden Verhältnis zu dem Aufwand stand. Die überreichen Länder — von vereinzelten Ausnahmen abgesehen — stehen dem IGB noch immer fern, Amerika und Australien scheinen sich von ihm mehr entfernt als genähert zu haben, Asien ist für den IGB so gut wie unerforschtes Land.

Die Ursachen dieses Mißerfolges sind nicht schwer zu ermitteln. Europa — und heute ist der IGB im Wesen nach eine europäische Organisation — hat viel von seinem Prestige und seiner Anziehungskraft eingebüßt. Asien, Amerika, Australien sind nicht mehr „Provinz“ im Verhältnis zu Europa, der Metropole. Sie haben sich geistig und wirtschaftlich selbständig gemacht. Unsere Ideologie ist ihnen nicht geläufig, und die Übereinstimmung der wirtschaftlichen Interessen erscheint ihnen nicht zwingend genug. Was der IGB ihnen zu bieten hat, ist zu wenig, um sie zum Anschluß zu veranlassen.

Hier liegen die Ursachen des Mißerfolges. Sie zu beheben, muß die nächste Aufgabe sein.

Es leuchtet ohne weiteres ein, daß der IGB nicht von der Idee, sondern von der Praxis ausgehen muß. Die Praxis ist die fortschreitende internationale Verflechtung der Kartelle und Trusts, des Bankkapitals, des Handels und der Industrie, die immer größere Abhängigkeit des sozialpolitischen Fortschritts in einem Lande von dem sozialpolitischen Fortschritt in der ganzen Welt. Hier muß der IGB einhaken.

Es liegt auf der Hand, daß das Studium und die Förderung der internationalen Sozialpolitik, die Durchleuchtung der kapitalistischen Wirtschaft, die Herausstellung der Ursachen und Folgen der Nationalisierung und ihre Wechselwirkung auf die Welt-

schaft und auf die Gewerkschaften der verschiedenen Länder und Erdteile, nicht im Heberamt gemacht werden können, neben der eigentlichen Gewerkschaftsarbeit, die der IGB. zu leisten hat.

Hier muß bei der Reorganisation des IGB. eingeleitet werden. Man hat den aufgeschwollenen Propagandaapparat des IGB. feinerartig abgebaut, ohne ihn durch eine bessere Organisation zu ersetzen. Die Sitzverlegung, längst notwendig, steht endlich möglich, wird dazu die beste Gelegenheit bieten.

Entsprechend seinen äußeren Aufgaben, muß auch die innere Organisation des IGB. aufgebaut sein. Neben der allgemeinen gewerkschaftlichen Abteilung ist eine Abteilung für Sozialpolitik und eine Abteilung für Wirtschaftspolitik einzurichten. Der sozialpolitischen Abteilung fallen alle Fragen zu, die die internationale Arbeitsorganisation behandelt oder zu behandeln hat, soweit es die eigentlichen sozialpolitischen Maßnahmen betrifft. (Sozialversicherung, Sozialhygiene, Arbeitsschutz, Arbeitszeitregelung.) Es ist notwendig, daß der IGB. in Genf wieder führend, fördernd und anfeuernd wirkt.

Die Wirtschaftsabteilung soll nicht nur eine Forschungsstelle sein, die das ungeheure Material über die jüngsten Entwicklungstendenzen des Kapitalismus sichtet, soweit es in den verschiedenen Ländern greifbar ist. Die Wirtschaftsabteilung muß mit Hilfe der Landeszentrale eventuell selbst Erhebungen anstellen, in enger Verbindung mit den Genossenschaften bleiben und das gesichtete Material publizistisch und propagandistisch verwerten. Richtig geleitet werden diese beiden Abteilungen eine ungleich stärkere Anziehungskraft auf die uns noch fernstehenden Organisationen ausüben, als es alle Delegationen und Solidaritätserklärungen vermögen.

Schließlich brauchen die europäischen Arbeiter in mindestens ebenso hohem Maße die Durchleuchtung der Wirtschaft wie die Arbeiterschaft Amerikas oder Afrikas. Es ist ein glückliches Zusammentreffen von Umständen, das zu der gleichen Entwicklung in der ganzen Welt geführt hat. Das Interesse der Arbeiterschaft der ganzen Welt und das des IGB. gebietet es gleichermaßen, daß diese Entwicklungsstufe, die Rationalisierung, die Arbeiterschaft nicht nur bindet, sondern auch verbindet und damit freimacht. Es braucht wohl nicht betont zu werden, daß Kenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse in anderen Ländern und deren Synthese auf einem gemeinsamen Nenner die Voraussetzung des Gelingens ist. Das gleiche gilt von der Sozialpolitik. Wenn es die Unternehmer hier auch leichter haben, weil sie sich alle Instinkte von vornherein ablehnend verhalten, das geschlossene und immer erfolgreichere Auftreten der Unternehmer in Genf kann dem IGB. als Vorbild dienen.

Es ist eine durch die Tatsachen längst überholte Maxime, daß das Proletariat international, die Besitzenden aber national seien. Nur ganz vorübergehend in einem gewissen Entwicklungsstadium des Kapitalismus waren die Besitzenden national. Nur die Schichten von Bildung ohne Besitz sind national und selbst nationalisiert, und das Proletariat ist nur zu leicht geneigt, dieser Schicht zu folgen. Die Besitzenden aber sind wie der Besitz international. Heute hat der kapitalistische Besitz längst alle Grenzen der Länder und Erdteile übergriffen. Gegenüber dieser Entwicklung ist die Arbeiterschaft, besonders aber ihre wirtschaftliche Interessenvertretung, ins Hintertreffen geraten. Es muß alles daran gesetzt werden, um den Vorrang, den das Unternehmertum genommen hat, wieder aufzuholen.

J. Steiner-Jullien.

Die Größe der Kapitalflucht.

Es ist sehr schwer, über die Höhe der nach dem Ausland geflüchteten deutschen Kapitalien Schätzungen anzustellen. Gelegentlich der Konferenz von Eilen über „Kapitalbildung und Steuerfragen“ bestaute Prof. Salin, daß jeder, der über Kapitalabwanderung Bescheid weiß, durch das Bankgeheimnis gebunden ist. Prof. Salin dürfte es nun gelungen sein, trotz Bankgeheimnis Auskünfte aus Bankfreisen im Ausland über die Höhe der abgewanderten deutschen Kapitalien erhalten zu haben. Er behauptet auf Grund dieser Auskünfte, daß die Kapitalflucht in den Jahren 1927, 1928 und 1929 jährlich mindestens 1 Milliarde und höchstens 2 Milliarden Mark betrug. Die tatsächliche Summe bliebe näher an der höheren als an der niedrigeren Ziffer. Das bedeutet aber, daß die deutsche Kapitalbildung wesentlich höher war als im allgemeinen angenommen wird und auch in den Schätzungen des Statistischen Reichsamts erscheint. Die Regierung bereitet jetzt Gesetzentwürfe vor, die mit Hilfe von Steuerermäßigungen für Kapitalanlagen die Kapital-

flucht eindämmen sollen. Demgegenüber verdient die Feststellung von Prof. Salin Beachtung, daß es bei der Kapitalflucht sich nur zum Teil um eine Kapitalabwanderung zur Hinterziehung von Steuern handelt. Bei den kleinen Sparern — auch Kleinsparern waren an der Kapitalflucht beteiligt — war die Angst vor einer neuen Erschütterung der Währung maßgebend, bei den Besitzern großer Vermögen verschiedene politische Momente. Furcht vor einem neuen Krieg, einer neuen Revolution oder sonst nicht voraussehbaren Wechselfällen. Außerdem spielt die Zollpolitik des Auslandes für die Kapitalabwanderung eine große Rolle, indem deutsches Kapital nach dem Ausland abwandert, um dort Zollerleichterungen zu genießen. Unternehmer, die einmal die Freuden eines ausländischen „Steuerparadieses“ kennengelernt, kehren nicht leichtens Herzens in ein in jedem Fall steuerreiches Land zurück, zumal es heute in vielen Kreisen nicht mehr als national gilt, sich in die Geleise zu fügen, sondern umgekehrt: es gilt als national, die Geleise zu umgehen! Während die kleinen Sparer die geflüchteten Kapitalien ins Land zurückbringen, sobald ihre Inflationsangst die völlig unbegründet und nur der Hege der nationalistischen Presse zu verdanken war. (Die Red.) verschwinden, bleiben die von den Besitzern großer Vermögen ins Ausland gebrachten Kapitalien für die deutsche Kapitalversorgung verloren!

Die japanische Gewerkschaftsbewegung.

Von Walter Plitt, Berlin.

Betrachtet man die japanische Gewerkschaftsgeschichte, so muß man scharf scheiden zwischen der Zeit vor dem Kriege und nach diesem. Erst der erste Streik, die sogenannten Reistravalle im Jahre 1918, gab einen starken Anstoß zur Bildung von Gewerkschaften, die heute immerhin 6 1/2 Proz. der gesamten Industriearbeiterschaft organisiert haben.

Dieser Prozentsatz wäre für unsere Verhältnisse sehr wenig, er ist es erst recht für die japanischen. Aber allein zahlenmäßig kann man den Wert der jungen Gewerkschaftsbewegung nicht abschätzen. Man muß wissen, unter welchen Hindernissen und Opfern die Bewegung entstanden ist und welchen Drangsalen sie auch noch heute ausgesetzt ist.

Will man der Sache auf den Grund gehen, so muß man die Bedingungen der japanischen Wirtschaft und Gesellschaft genau erforschen. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung sucht vielleicht doch zum starken Teil auf dem ständischen Handwerkertum, das streng in Zukunft geschieden war. Ebenso wie das Handwerk der Vorläufer der Industrie war, so waren die Gewerkschaften mit aller Einschränkung die Fortsetzung der Zünfte. In Japan aber gab es kein Handwerk in unserem Sinne, als die industrielle Produktion anfang. Als vor ungefähr 60 Jahren das industrielle Leben anfang, mußte sich die Industrie erst Arbeiter heranzüchten aus Schichten, die bisher nur Arbeit auf den weiten Reisfeldern verrichtet hatten. In den ersten Jahren wurde das Hauptkontingent der Arbeiterschaft überhaupt von Frauen gestellt, die von ihren Eltern für einige Den gern ihren langen Arbeitstag in der Fabrik veruntbarbeiteten.

Die japanische Arbeiterschaft wurde also aus einer Entwicklung, die noch ganz feudalistische Züge trug, in eine moderne Welt veretzt. Was Wunder, daß sie einerseits weiter unterdrückt wurde, andererseits sich aber unterdrücken ließ. Man muß überhaupt den ganzen Geist der japanischen Gesellschaft in Betracht ziehen. Es war eine stark gestufte Gesellschaft, kastenmäßig streng gegliedert. Die unterste Schicht, aus der die Arbeiter genommen wurden, wurde durch Soldatendienst, durch eine alte heidnische Religion am Boden gehalten.

Mit einer so gearbeiteten Arbeiterschaft Gewerkschaften zu gründen, schien fast unmöglich. Die Zahl der Arbeiterschaft vor drei Jahrzehnten war überhaupt kaum fünf Viertelmillionen, wovon 65 Proz. Frauen waren. Seit 20 Jahren aber sind doch Anstöße zu verzeichnen, und die alte Weisheit, die man damals oft hörte, daß nämlich das alte Sittengesetz des Landes einen Widerstreit zwischen Kapital und Arbeit verhindere, wurde endlich zur Lächerlichkeit gestempelt. Auch wurde damals noch gesagt, daß es entsprechend diesem Sittengesetz sei, daß der Fabrikherr für seine Arbeiter schon so Sorge, wie er das überhaupt könne, also dieselben faulen Ausreden wie bei uns.

Der Weltkrieg, der das heidnische Japan zum Kampfe gegen einen Teil des christlichen Europas rief, brachte die große Wendung. Die japanische Industrie nahm einen gewaltigen Aufschwung, einesteils durch die Kriegszuführungen und -lieferungen, anderenteils dadurch, daß sie sich vom Auslande, vorgeleitet von Deutschland, selbständig machte. Die Fabriken arbeiteten mit aller Kraft, alle Hände wurden gebraucht, das Industrie-proletariat vergrößerte sich um ein Mehrfaches. Ebenso wie bei uns steckten die Fabrikanten den Gewinn

dieser Kriegskonjunktur ein, die Arbeiter blieben, wo sie waren und darboten wie bisher. Ja, man muß wohl sagen, daß es ihnen noch schlechter ging.

Wie immer, erkannte man den richtigen Weg erst in der Not. Der schon erwähnte Reistreif brach aus und legte die bisherige feudale Regierung über Nacht hinweg. An ihre Stelle trat das Kabinett eines bürgerlichen Plebejers. Der materielle Erfolg des Streits war allerdings gering, aber eins hatten die Arbeiter gefühlt, ihre ungeheure Macht; wenn sie nur wollten und wenn sie zusammenstehen.

Es entstanden so zahlreiche Vereinigungen von Belegschaften, die aber natürlich sehr schwach waren, weil sie nur örtlich oder sogar nur auf einzelne Betriebe beschränkt waren. Es bestand aber auch schon eine durch das ganze Land verbreitete Organisation, die Quaitai, die von „edlen“ Männern als Unterstützungsverein für Arbeiter ins Leben gerufen war. Aber dieser Verein mußte sich sehr zahn und lau betragen, um nicht die Gunst dieser „edlen“ Männer zu verlieren. Eine kampfbereite Organisation war aber immer notwendiger. Endlich im Jahre 1919, wurde eine solche mit den Namen „Allgemeiner japanischer Gewerkschaftsbund“ gegründet.

Aber dieser Gewerkschaftsbund, mit der japanischen Abkürzung „Sodomei“ genannt, ist heute nicht der einzige größere Zusammenschluß. Immerhin ist er der wichtigste; seine Mitgliederzahl beträgt 308 908, und ihm ist es vor allen anderen gelungen, Kollektiv-arbeitsverträge abzuschließen. Die einzelnen Verbände des Bundes verteilen sich wie folgt:

Table with 2 columns: Gewerkschaftsbereich and Mitgliederzahl. Includes categories like Transportwesen, Maschinenbau, Textilgewerbe, Chemie, Gas und Elektrizität, Bergbau, Baugewerbe, Verkehr, and Verschiedene.

Innerhalb der gesamten Bewegung gibt es drei verschiedene Richtungen, die aber nicht allzuehr in Erscheinung treten. Der rechte Flügel wird vor allem vertreten im Gewerkschaftsbund. Die Politik, die sie vertritt, ist gemäßig, aber ausdauernd und erfolgreich. Die Linke ist ausgeprägten kommunistisch und hat als Mittelpunkt den „Japanischen Gewerkschaftsrat“.

Die Mitte hat sich im November 1926 herausgebildet. Es handelt sich um den Anstoß an eine politische Partei, die Mitte wollte nicht mitmachen und eröffnete einen eigenen Verband. Sie nennen sich den „Rechten Weg“, der Zusammenschluß heißt „Japanische Gewerkschaftsvereinigung“. Wir leben also auch hier eine Uneinigkeit der Arbeiterbewegung, die notwendigerweise schwächend wirken muß.

Die Gewerkschaften haben auch eine sehr starke Presse. Wie bei uns, bildet diese einen Hauptzusammenhang der Mitglieder. Ihr Ziel ist auch, belehrend und unterrichtend zu wirken. Sie ist das Bildungsmittel der Gewerkschaftsmitglieder. Die Blätter heißen entsprechend ihren Verbänden; zu nennen ist vielleicht: Der Staatsarbeiter in Kiusiu, Marinearbeiter in Sacho, desgleichen in Sotahama, der Verkehrsarbeiter in Sotobama usw. usw.

Die Politik der Gewerkschaften ist, wie man aus den verschiedenen Abteilungen erfahren hat, nicht einheitlich und etwas wirr. Der Streit über die einzelnen Meinungen und Richtungen ist noch stark im Gange und hindert vielfach die praktische Tätigkeit. Das ist zurückzuführen: erstens auf die junge Arbeiterschaft, die ja erst seit einigen Jahren in der Fabrik steht, zweitens auf die rasende Entwicklung der japanischen Industrie, die ohne Rücksicht auf die Arbeitermassen diese durcheinanderwürfeln, heute den einzelnen an diesen Ort stellt, morgen an einen anderen usw. Wir haben daselbe Bild wie bei uns in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts.

Diese Vielheit der Bewegung ist der Grund, daß auf jedem nationalen Kongreß der Gewerkschaft der Kampf um Vereinheitlichung der einzelnen Richtungen entbrennt. Man sieht ein, daß der jetzige Zustand nur zum Vorteil der Unternehmer ist, und sucht Wege zur Einigung. Das geschah auch wieder voriges Jahr, wo die Gewerkschaften einen besonderen Kongreß zur Schaffung eines „Allumfassenden Gewerkschaftsrates“ einberufen hatten. Dieser Kongreß endigte aber wie alle anderen: nach gegenseitigen wütigen Reden lief man zornentbrannt auseinander.

Betrachtet man die Sachen mit nüchternen Augen, so muß man auch sagen, daß es gar nicht anders sein kann. Dieselben Kämpfe, die in allen anderen Ländern gewesen sind, mußten auch in Japan sein. Wenn also heute auch ein Vergleich mit den europäischen Gewerkschaften noch nicht möglich ist, so muß man doch der Bewegung die nötige Achtung schenken, zumal Japan die Macht des Orients ist, die entscheidend und wichtig für dessen Gestaltung sein wird.

Betrieb und Wirtschaft

Keine Steuer von Entschädigungszahlungen an Arbeitnehmer.

Nach § 8 Ziffer 9 des Einkommensteuergesetzes vom 10. August 1925 sind Entschädigungen, die auf Grund des § 87 des Betriebsrätegesetzes an Arbeitnehmer gewährt werden, einkommensteuerfrei. Das Reichsfinanzministerium hat in seiner Verordnung vom 25. November 1925 mit Zustimmung des Reichsrats aus Billigkeitsgründen diesen Entschädigungen die freiwillig gezahlten Entschädigungen gleichgestellt, das heißt, die Einkommensteuerfreiheit zugebilligt, sofern es Beträge sind, die den Höchstbetrag nach § 67 des Betriebsrätegesetzes nicht übersteigen und es sich um Empfänger handelt, die zu dem vom Betriebsrätegesetz umgrenzten Personenkreis gehören.

Somit sind alle Entschädigungszahlungen, die für eine längere Zeit als sechs Monate gewährt werden, voll zur Einkommensteuer heranzuziehen. Bei solchen Entschädigungszahlungen, gleichgültig ob sie vom Arbeitgeber freiwillig oder gezwungen geleistet werden, sollte aber mehr die Tatsache beachtet werden, daß es sich um Beträge handelt, die von dem Empfänger, der seines Arbeitsplatzes verlustig geht, zur Grundlage einer neuen Existenz gemacht werden müssen. Meist werden es ältere Arbeitnehmer sein, denen es unter den traurigen Arbeitsmarktverhältnissen und der bestehenden, völlig unberechtigten Antipathie der „Wirtschaft“ gegen ältere, gereifte Arbeitskräfte unmöglich ist, eine neue Dauerstellung zu erwerben.

Die „guten Sitten“.

Die arbeitsrechtliche Bedeutung der „guten Sitten“ wird selber selbst von dem am Arbeitsrecht interessierten Teil der Arbeiterschaft wenig beachtet. Dabei sind sie ein wichtiger Bestandteil des Vertragsrechtes und somit auch für den Arbeitsvertrag gültig. In allen für das Arbeitsrecht in Frage kommenden Angelegenheiten werden die „guten Sitten“ erwähnt, so im Artikel 152 Abs. 2 der Reichsverfassung; „Wucher und Verbotene Rechtsgeschäfte, die gegen die guten Sitten verstoßen, sind nichtig.“ Diese Verfassungsvorbestimmung entspricht § 138 des Bürgerlichen Gesetzbuchs: „Ein Rechtsgeschäft, das gegen die guten Sitten verstößt, ist nichtig.“ — Wichtig ist insbesondere ein Rechtsgeschäft, durch das jemand unter Ausbeutung der Notlage, des Leichtsinns oder der Unmündigkeit eines anderen sich oder einem Dritten für eine Leistung Vermögensvorteile versprechen oder verschaffen läßt, welche den Wert der Leistung übersteigen, das den Umständen nach die Vermögensvorteile in auffälliger Mißverhältnis zu der Leistung stehen.“ Auch die Gewerbeordnung besitzt in den §§ 120b, c und d Bestimmungen, welche die Aufrechterhaltung der guten Sitten in den Betrieben betreffen.

In welchen Fällen des täglichen Arbeitslebens sind nun diese gesetzlichen Bestimmungen anzuwenden? Zunächst gelten Artikel 152 Abs. 2 und § 138 BGB für jeden Arbeitsvertrag; demgemäß sind Arbeitsverträge, welche gegen die guten Sitten verstoßen, nichtig. Aber wann liegt ein Verstoß gegen die guten Sitten vor? Hierüber sagt die Reichsverfassung gar nichts und das BGB. herzlich wenig. Demnach enthält der Abs. 2 des § 138 BGB eine kurze Aufzählung solcher Verträge, und mancher Arbeiter ist vielleicht schon einmal das Opfer einer Ausbeutung seiner Notlage geworden, indem er zu einem Lohn arbeitete, der dem Arbeitgeber einen Vermögensvorteil brachte, welcher im auffälligen Mißverhältnis zu dem von ihm gezahlten Lohn stand. So sollte man denn meinen, daß Stundenlöhne von 24 bis 8 Pfennig, wie sie im Jahresbericht der bayerischen Gewerbeaufsicht für Heimarbeitnehmer aus der Münchener Spielwarenindustrie genannt werden, gegen die guten Sitten im Sinne des Gesetzes verstoßen. Das ist jedoch nicht der Fall. Denn diese Löhne werden dort an viele Tausende von Heimarbeitnehmerin bezahlt und entsprechen jenseit unserer heutigen Rechtsbegriffen der dortigen Verhältnisse. Dagegen müßte juristisch überall dort die Lohn für gesetzlich unzulässig erklärt werden, wo er nicht üblich ist.

In diesem Beispiel erkennen wir sogleich die einseitige erwähnte große Bedeutung der „guten Sitten“ für den kein Recht auf auskömmlichen Lohn führenden Arbeiter. Von der Verbreitung niedriger oder hoher Löhne hängt nämlich die rechtliche Beurteilung der Sittlichkeit einer entsprechenden Lohnhöhe ab. Die Auffassung von den „guten Sitten“ ist verschieden und wandelbar. Deshalb läßt sich auch in keinem Gesetz der Begriff der guten Sitten für die lange Dauer, für welche die Gesetze meist be-

stimmt sind, festlegen. Es wird dem richterlichen Ermessen vielfach anheimgestellt, Verstöße gegen die guten Sitten anzuerkennen oder abzulehnen. Hierdurch werden mitunter arbeitsrechtliche Urteile gefällt, welche dem Arbeiter unverständlich erscheinen müssen. So z. B. wenn ein Arbeitsrichter in seinem Urteil die Meinung vertritt, es verstoße nicht gegen die guten Sitten, daß ein Arbeitgeber seiner Angestellten, einer Verkäuferin von Schuhwaren, zum Animieren der besseren Herrentumschaft die entsprechende Unterleibung vorschreibt. Ein solches Verlangen empfand die betreffende Verkäuferin verständlicherweise sittenverleidend, der Richter dagegen nicht.

Auch der Boykott ist ein Verstoß gegen die guten Sitten, sofern damit die wirtschaftliche Vernichtung der davon Betroffenen beabsichtigt wird. Ebenfalls gelten die sogenannten „schwarzen Listen“ als sittenwidrig. In diesem Zusammenhange ist der § 826 des BGB erwähnenswert. „Wer in einer gegen die guten Sitten verstoßenden Weise einem anderen vorsätzlich Schaden zufügt, ist dem anderen zum Ersatz des Schadens verpflichtet.“ So sind denn auch beim Boykott, der entweder gegen einen Arbeitgeber oder gegen einen Unorganisierten gerichtet war, häufig Schadenersatzklagen gegen die Gewerkschaft oder die betreffende Belegschaft angestrengt worden mit für die Kläger wechsellendem Erfolg.

Hoffentlich genügen die hier angeführten wenigen Beispiele, den Zweck dieser Zeilen zu erfüllen, indem sich die Arbeiterschaft mehr und mehr bewußt wird, daß ihr Anteil an der Bestimmung und Wandlung des Begriffes der „guten Sitten“ wächst mit der Erstarbung ihrer Stellung innerhalb des öffentlichen Lebens.
Georg Raible.

Der Streit um die Zahl der Rentenempfänger.

Reichsarbeitsminister Siegerwald teilte im Reichstag mit, daß in Deutschland mehr als 12 Millionen Menschen, oder nahezu 20 Proz. der gesamten deutschen Bevölkerung Renten oder Unterzulagen empfangen. Die Richtigkeit dieser Angabe wurde vielfach bezweifelt, indem die Berechnung von der einen Seite als zu hoch, von der anderen Seite als zu niedrig bezeichnet wurde. Wichtiger als die Richtigkeit der Zahl ist es, was mit dieser Angabe gemeint ist, in welcher Ablicht sie erfolgte und wie von dieser Mitteilung Gebrauch gemacht wird. Will man sich mit dem Hinweis begnügen, daß 12 Millionen Personen Zuwendungen von der öffentlichen Hand oder von der Sozialversicherung erhalten, so gibt ein solcher Hinweis keine Auskunft über die Belastung der Wirtschaft. Die Renten dienen verschiedenen Verwendungszwecken. Die häufige keine Beziehung zueinander haben, wie z. B. die Pension der Beamten und die Unfallentschädigungen, und müßten ohne staatliche Zuwendungen vielfach von der Privatwirtschaft getragen werden. Die Lastfrage allein, daß Einkommensteile über die Staatskasse laufen, zeigt noch nicht von einer besonderen Belastung der Volkswirtschaft. Im übrigen müßte man, wie Abgeordneter Herz im Reichstag ausführte, auch die Einnahmen der Reichsbahn und der Reichspost und noch andere Einnahmen anführen, wenn man über den Umfang der Beträge, die durch die Staatskasse laufen, eine Vorstellung haben wollte. Sollte aber die Mitteilung des Reichsarbeitsministers den Zweck haben, zu zeigen, wie weisheitsvoll der Staat für die Notleidenden sorgt, so ist jene Angabe dafür nicht beweisträchtig. Wenn man die Unterzulagen in Rechnung stellen wollte, die durch die Mitwirkung des Staates entstehen, so wäre die Zahl von den 12 Millionen zu gering. Dann müßte man eben auch die Empfänger von staatlichen Subventionen auf Grund von besonderen Zuwendungen wie Einfuhrzölle, Kredithilfe usw. hinzuzählen, außerdem alle diejenigen, die aus Zöllen und aus Kartellen, die die Zölle voll auszunutzen vermögen, Nutzen ziehen. Es gibt eben nicht allein Sozialrentner, es gibt auch Zöll- und Kartellrentner. Wenn man aber aus der hohen Zahl der Rentenempfänger auf eine große Verwundung im Staatshaushalt schließen will — und so wird die Angabe des Ministers zweifellos im Unternehmerrage ausgeschlagen — so kann man gegen eine solche Auslegung nicht genug protestieren. Die Zeitschrift „Magazin der Wirtschaft“, nachdem sie festgestellt daß es sich hier um das Problem des deutschen Massenelends handelt, macht zu diesem Punkte folgende treffende Bemerkungen: „Keineswegs handelt es sich hierbei allgemein um Notstände, die durch wirtschaftspolitische Maßnahmen beeinflusst werden können. Vielmehr ergeben sich die Notstände daraus, daß die moderne Wirtschaft dem

alten Mann und der alten Frau keine Beschäftigung mehr geben kann, daß sich in ihrem Ablauf zwangsläufig Anfälle ergeben, deren Opfer von der Allgemeinheit erhalten werden müssen, daß die Zahl der Verkrüppelten und hiesigen Menschen von Jahr zu Jahr steigt. Diesen Menschen im Rahmen der Agrarpolitik Fleisch und Brot zu verteuern, ist ebenso unsozial wie die Ueberlegung, ob sich nicht an ihnen Pfennige „ersparen“ ließen.“

Anwartschaft für die Invalidenversicherung nicht verfallen lassen.

Die Anwartschaft in der Invalidenversicherung erlischt, wenn während zweier Jahre nach dem auf der Quittungskarte verzeichneten Ausfalltagstage weniger als zwanzig Wochenbeiträge entrichtet worden sind.

Unter Anwartschaft versteht man das Recht auf die Leistungen der Versicherung (Invalidenrente) entweder bei Vollendung des 65. Lebensjahres oder bei Eintritt der Invalidität.

Was hat ein Erwerbsloser zu beachten, um sich ein Anrecht auf die Invalidenversicherung zu erhalten? Nach dem Gesetz über die Arbeitslosenversicherung sind die Arbeitslosen verpflichtet, auf Anforderung der Arbeitslosen die zur Erhaltung der Anwartschaft erforderlichen Beiträge zu entrichten. Es soll lediglich ein Erlöschen der Anwartschaft verhindert werden.

In Fällen besonderer Härte, insbesondere dann, wenn zur Erfüllung der Wartezeit nur noch eine geringe Zahl von Beiträgen notwendig ist, ist das Arbeitsamt verpflichtet, auf Antrag die erforderlichen Beiträge zu leisten. In diesen Fällen stehen dann die Zeiten der Arbeitslosigkeit den Zeiten einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gleich.

Die Wartezeit dauert bei der Invalidenversicherung (für den Rentenbezug), wenn für den Versicherten auf Grund der Versicherungspflicht mindestens hundert Beiträge geleistet worden sind, zweihundert Beitragswochen. Das Wort „Wartezeit“ bedeutet, daß ohne ihre Zurücklegung vor Eintritt des Versicherungsfalles ein Anspruch auf Invalidenrente nicht gegeben ist.

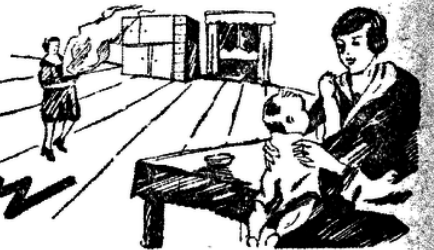
Als Pflichtbeiträge gelten auch die vollen Wochen, in denen der Versicherte wegen Krankheit zeitweise arbeitsunfähig und nachweisbar (Vermert der Quittungskarte) verhindert gewesen ist, seine Berufstätigkeit fortzusetzen. Jedoch werden diese Wochen nur bei denen berücksichtigt, die vorher berufsmäßig und nicht nur vorübergehend versicherungspflichtig beschäftigt gewesen sind.

Kündigung verheirateter Arbeiterinnen.

Jede Betriebsverletzung wird von Zeit zu Zeit vor die Frage gestellt, ob sie der Entlassung von verheirateten Arbeiterinnen ihre Zustimmung geben kann oder nicht. Nun ist ja Verheiratung bestimmt kein Entlassungsgrund. Aber es hat sich doch im Laufe der Jahre die Ansicht unter der Arbeiterschaft verbreitet, daß bei eintretendem Arbeitsmangel und dadurch bedingten Kündigungen die verheirateten Arbeiterinnen zuerst mit entlassen werden sollen. Allerdings sind ja auch hierbei nach verschiedene Vorbehalte möglich. Wenn der Gatte der Arbeiterin selbst arbeitslos ist oder wenn trotz der Verheiratung mütterliche Familienverhältnisse vorliegen, die die jungen Eheleute durch Unterhaltungsverpflichtungen anderen Familienmitgliedern gegenüber sozial stark belasten, wird jede Betriebsverletzung einseitig sein und dies bei allgemeinen Kündigungen berücksichtigen. Bestehen aber irgendwelche Verpflichtungen für die jungen Eheleute nicht und steht der Mann in Arbeit, so wird die verheiratete Arbeiterin ebenfalls einsehen müssen, daß sie zugunsten einer weniger gesicherten Arbeitskollegin auszuscheiden hat. Das sind Ansichten, die heute fast von jeder Betriebsverletzung praktisch angewandt werden. Gleichwohl besteht nicht die Verpflichtung für den Unternehmer, verheiratete Arbeiterinnen zu entlassen. Eheschließung kann und soll kein Kündigungsgrund sein. Nur im Rahmen von Entlassungen wegen Arbeitsmangels müssen verheiratete Arbeiterinnen mit ihrer Kündigung rechnen. Fühlen sie sich zu Unrecht gekündigt, so können sie immer noch ihr Einspruchsrecht aus § 84 BVO wahrnehmen. Auch das Reichsarbeitsgericht hat sich in einem Urteil vom 29. September 1928 auf den Standpunkt gestellt, daß die Frage, ob eine Verheiratung von Arbeiterinnen als ein außerordentlicher Kündigungsgrund anzusehen sei, nur von Fall zu Fall beurteilt werden kann. Die Verheiratung einer Arbeiterin ist kein Grund, der unter allen Umständen den Unternehmer zur Lösung des Arbeitsverhältnisses berechtigt.



Leiden für Familien



Kraft und Glaube.

Kraft ist die Voraussetzung zum Erreichen eines Zieles. Wille muß sein. Energie, durchzuhalten. Opferfreudigkeit, Verbundenheit mit Gleichgesinnten. Wucht sollbarischen Schaffens.

Erhältlichkeit ist nötig, wenn auf der Erde Großes werden soll. Wer da schwärmt, lebt geistig über den Wolken. Aus dem Leben zwingen wir das Leben zu Neuem hinauf.

Da gilt es, die Kraft auch zu lernen. Nur nicht die Kraft an falscher Stelle eingesetzt! Nur nicht Vergebung von Kraft zu phantastischen Zielen! Der Kraft nur nicht zutrauen, was sie im Augenblick noch nicht kann!

Aber dennoch sie rühren! Immer muß sie sich regen. Zittern. Beben. Geladene Energie, die da zur Entspannung drängt.

Der verspiegerte Mensch kennt nichts von solchen Energien. Ihm fehlt in seiner Ruhe die Spannkraft, dieses Fiebernde einer feurigen Seele, aus der allein etwas Überraschendes Anderes wird. Und der Glaube an dieses Neue, Zu-Schaffende ist es, der der Kraft diese Urkraft des ewigen Drangs nach Gestaltung gibt.

Glaube ohne die Kraft ist Phantastiegebilde ohne Wirklichkeit. Aber Glaube, aus Kraft geboren, und Kraft, voll Spannung eines Glaubens an Höchstes, sind vereint das ewig Bewegende der Welt.

Dr. G. H.

Wenn die Not pocht . . .

Als Franz, ein gewerkter, intelligenter Arbeiter, 17 Jahre alt war, reiste in ihm der Gedanke, sich eine Bibliothek anzuschaffen. Drei schöne gefällige Bändchen der Sammlung Gödchen, welche er sehr billig antiquarisch bekommen hatte, bildeten den Grundstock. Und Jahr um Jahr, je älter Franz wurde, je mehr er verdiente, um so mehr wuchs auch seine Bibliothek.

Am 23. Geburtstag lud er einige seiner Schulfreunde zu einer kleinen Klauertunde, bei einer Tasse Kaffee, ein. Die Freunde sprachen über dies und jenes aus ihrer Schulzeit. Und im Laufe der Unterhaltung kamen sie auch auf Bücher zu sprechen. Da nun der eine Freund um Franzens Bibliothek wußte, so bat er ihn, ihnen doch einmal seine Bücher zu zeigen. Franz kam diesem Wunsche nicht ungern nach; ging an den Kleiderschrank, öffnete ihn und zeigte ihnen die für ihn als jungen Arbeiter verhältnismäßig reichhaltige und gute Bibliothek. Im ersten Augenblick waren die Freunde sehr erstaunt. Und der eine von ihnen, der lieber schöne Mädchen zu einer Tasse Kaffee einlud, sie lieber spazieren führte, konnte sich eines leichten Schelmens nicht erwehren.

„Ja, sag mal Franz, wo hast du denn all das Geld her für die vielen Bücher und wozu verstockst du sie denn in einem Kleiderschrank?“

Franz, der eine solche Frage vorausah, erwiderte hierauf:

„Was du hier siehst, die vielen Bücher, das ist das Geld, was ihr für Zigaretten, Bier, Mädchen auf den Tanzböden, und was weiß ich für was sonst noch alles, verausgabt habt. Ich hingegen, der ich schon in der Schulzeit so etwas wie Liebe zu den Büchern empfand, legte eben mein Geld nüchlicher an. Wenn ich die Bücher hier im Kleiderschrank stehen habe, wo andere Leute ihre Hüte oder Mützen, Kragen oder andere Dinge hinlegen, so deshalb, weil ich noch kein Geld hatte, mir einen Kleiderschrank zu kaufen.“

Und der Freund empfand in diesem Augenblick so etwas wie Reiz.

Denn sicherlich zeigte doch Franz jedem, der ihn besuchte, seine Bücher, genau wie er es selbst machte, wenn er ein schönes Mädchen kennengelernt hatte, das er dann stolz und mit geschwellter Brust durch die Straßen führte.

Doch schon am nächsten Tage war Franzens Bibliothek von ihm vergessen, er hatte ja wichtigeres zu tun als sich um die dummen Bücher zu kümmern.

Seine Bücher waren eben schöne Mädchen, in deren Seelen er las.

Eines Tages wurde Franz, der im Betriebe sich die Hochachtung aller seiner Kollegen erworben hatte (gab er doch jedem, so gut er es vermochte, hilfsbereit Auskunft), zum Werkmeister gerufen. Da er ein sehr tüchtiger Arbeiter war und seine Arbeit stets gewissenhaft verrichtete, so stieg in ihm schon eine feine Ahnung auf: Kündigung! Und wirklich: zehn junge ledige Arbeiter bekamen gekündigt, darunter auch Franz.

Schon zwei Monate geht Franz nun stempeln, und noch immer wächst die Arbeitslosigkeit. Auch bei Franz klopft dann eines Tages energisch die Not an. Die Mutter wird schwer krank. Der Vater

Bücher, genau wie er es früher mit anderen Büchern gemacht hatte. Und doch: hätte er anders handeln sollen, war nicht die Not in der Familie größer, so groß, daß auch er ein Opfer bringen mußte?

Und dieser Tatsache eingedenk, kam Franz über diesen Verlust hinweg. I. F. B.

Arbeiterhaushalt und Kinderzahl.

Die nähere Prüfung der vom Deutschen Statistischen Reichsamte veranstalteten Erhebung über den Arbeiterhaushalt ergibt bemerkenswerte Einzel-ergebnisse. Die Untersuchungen, die die Verhältnisse in der Zusammensetzung der Ausgaben bei steigender Kinderzahl zum Ausgangspunkt haben, ergeben lehrreiche Aufschlüsse.

Das erste ins Auge fallende Ergebnis ist das Anwachsen des Anteils der reinen Ernährungskosten, die beim kinderlosen Haushalt 36,5 Proz. des Einkommens, im Haushalt mit einem Kind 42,7 Proz., mit zwei Kindern 45 Proz., mit drei Kindern 48 Proz. und mit vier bis sechs Kindern sogar 50,8 Proz., also mehr als die Hälfte des Gesamteinkommens ausmachen. Die Ernährung wird mit wachsender Kinderzahl einfacher und qualitativ schlechter, indem stärker die billigen pflanzlichen Nahrungsmittel, Brot, Kartoffeln usw., an die Stelle der teuren tierischen Nahrungsmittel, wie Fleisch, Käse und Butter, treten. Die Ausgaben für tierische Nahrungsmittel steigen beispielsweise bei einer Familie mit vier Kindern gegenüber einem kinderlosen Ehepaar von 18,6 auf 25,1 Proz. des Gesamteinkommens, erhöhen sich also nicht einmal um die Hälfte, während der Brotkonsum, der 1,8 Proz. des Einkommens beim kinderlosen Ehepaar, dagegen 5,6 Proz. bei einer Familie mit vier Kindern ausmacht, um mehr als das Dreifache ansteigt. Der Kartoffelverbrauch steigt ähnlich um das 2,7fache. Auch bei den übrigen Ausgabenposten zeigt sich deutlich bei steigender Kinderzahl die Notwendigkeit, bestimmte Bedürfnisse einzuschränken.

Für Wohnungseinrichtung kann beispielsweise der kinderlose Haushalt mit zwei Kindern nur 3,8 Proz., der mit vier Kindern 4,1 Proz.

Für Körperpflege fallen die Ausgaben von 1,1 auf 0,5 bzw. 0,6 Proz. des Einkommens. Besonders stark ist der Rückgang des Anteils für Vergnügungen und andere gesellige Anlässe. Hierfür kann das kinderlose Ehepaar 1,8 Proz., das Ehepaar mit einem Kind 1,1 Proz., mit 2 Kindern 0,7 Proz., mit drei Kindern 0,6 Proz. und mit vier bis sechs Kindern nur noch 0,5 Proz. des Gesamteinkommens ausgeben. Da auch auf die Kinder ein gewisser Anteil der Ausgaben für Vergnügen entfallen dürfte, ist die tatsächliche Einschränkung, die die Eltern sich auferlegen, wahrscheinlich noch größer, als aus der Ausgabenverminderung je Haushalt hervorgeht.

Die Ersparnisse, die in den kinderlosen Haushalten auf 81 M. im Jahr sich stellen, sinken auf 15 M. in den Haushalten mit vier bis sechs Kindern.

Das Gutachten eines Hygienikers.

Der von der englischen Arbeiterregierung eingesetzte Ausschuss zur Prüfung der gesundheitlichen Möglichkeiten zur Bekämpfung des Alkoholismus hat kürzlich das Gutachten des Hygienikers Sir George Newman entgegengenommen. Der Gelehrte äußerte sich unter anderem folgendermaßen: „Ich kenne keine wissenschaftlichen Beweise für die Behauptung, daß der Alkohol die Widerstandsfähigkeit des Körpers gegen ansteckende Krankheiten erhöhe oder die Gewebe des Körpers kräftige. Der Alkohol ist mehr ein Betäubungs- als ein Anregungsmittel. Sein Nährwert ist begrenzt; sein gesundheitsmäßiger Genuß als Hilfe zur Arbeit ist vom physiologischen Standpunkt aus ein Irrtum.“

DIE ARBEITSFRAU

Ich seh dich jeden Morgen
Zur Arbeitsstätte gehn.
Ich seh dich voller Sorgen
An der Malchine stehn.

Früh-pät hält dich gefangen
Die Mühfal der Fabrik,
Staub faltet deine Wangen,
Rauch schleiert deinen Blick.

An Kirchen und Palästen
Geht hin und her dein Schritt,
In Nischen, auf Podesten
Hält dumpf dein müder Tritt.

Zu Hause neue Plage,
Zu Hause neue Pflicht.
So rinnen deine Tage
In Mühfal und Verzicht.

Dein Golsatha auf Erden
Wird spurlos nicht verwehn:
Aus deinem Schoße werden
Die Rächer auferstehn.

Schon röten sich die Strahlen
Der Menschendämmerung,
In flammenden Fanalen
Erscheint du schön und jung.

Und aus dem Flammenmeere
Steigt dann ein neu Geschlecht
Zu letztem Kampf und Wehre
Für dein entweihtes Recht.

Du stellst die rote Fahne
Dann zwischen Tag und Nacht,
Gewitter und Orkane
Verkünden deine Macht.

Orkane und Gewitter
Umraufen deinen Thron
Mit dem Triumph der Ritter
Der letzten Rebellion.

Die bunte Sternkorona
Umfunkelt deinen Platz,
Denn du bist die Madonna
des Proletariats!

Viktor Kalinowski

arbeitet schon Monate 24 Stunden die Woche. Er selbst erwerbslos.

Und nun steht er mit zitternden Händen vor dem Kleiderschrank, vor seinen Büchern. Liebevoll streift er über die Leinen- und Kartonrücken. Und liebevoll gleicht er ein Buch nach dem anderen heraus. Sieht die Bücher durch, ordnet sie, blättert darin herum. Jedes Buch hat sein eigenes Schicksal: dieses kaufte er in einem Antiquariat, jenes in einer Buchhandlung. Eines schenkte ihm ein guter Freund, ein anderes ist das Andenken an ein junges Mädchen, das jetzt in der Erde ruht. Wieder andere Bücher waren ihm durch Verleger direkt zugeschickt worden. Eine stattliche Anzahl der Bücher hatte er sich als Mitglied einer Buchgemeinschaft erworben und nun mußte er von einer Reihe dieser Bücher, die ihm so vertraut geworden waren, Abschied nehmen. — Für immer. Denn die Not ist ja groß.

Am nächsten Morgen packte Franz in den verschleuderten Antiquariatsbuchhandlungen der Stadt seine Bücher aus. Kopfschütteln der Buchhändler oder so niedrige Angebote, daß sie Franz im Innersten erbeben lassen, ist die Antwort, die ihm überall zuteil wird. Darüber, daß Bücher so im Werte sinken, selbst wenn sie gar nicht gelesen sind, hatte sich Franz noch nie recht Gedanken gemacht. Auch damals nicht, als er selbst billige antiquarische Bücher kaufte. Und da er nun einmal unter allen Umständen Geld haben mußte, entschloß er sich endlich, die Bücher zu verkaufen.

Am Abend stand Franz sinnend eine Weile vor dem Kleiderschrank — es war ihm, als hätte jemand ein Stück seines Körpers weggerissen. Denn eine ganze Reihe seiner treuen Gefährten waren ja nun weg. Vielleicht kaufte eben gerade ein anderer junger Arbeiter, der noch im Betriebe stand, seine

Arbeitsunlust oder Berufsfreude?

Die heutigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse sowie die Verhältnisse in den einzelnen Berufen und Betrieben haben nach verschiedenen Seiten hin Veranlassung gegeben zu Untersuchungen über die soziologischen Zusammenhänge, die zur Arbeitsunlust oder zur Berufsfreude führen. Besonders von bürgerlicher Seite sind derartige Untersuchungen angestellt worden, zum Teil auf wissenschaftlicher Grundlage mit dem Ziel, unter allen Umständen den Arbeitsfrieden zu erhalten. Als Hilfsmittel werden die Wertsgemeinschaften gepriesen, die in der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft nicht große Gegenliebe finden. In der modernen Arbeiterbewegung fehlten bisher derartige Untersuchungen, die von Arbeitern selbst vorgenommen wurden. Deshalb hat sich der Vorstand des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker entschlossen, einen literarischen Wettbewerb über das Thema „Arbeitsunlust oder Berufsfreude?“ auszusprechen, dessen nähere Bedingungen im Juliheft der „Typographischen Mitteilungen“ veröffentlicht sind. Für diesen Wettbewerb sind 1000 Mk. an Preisen sowie eine Reihe von Büchern der Büchergilde Gutenberg bereitgestellt worden. Mit Recht darf die gesamte Arbeiterschaft auf das Ergebnis dieses Preisaus Schreibens gespannt sein, wengleich auch nur die Berufsverhältnisse der Buchdrucker in diesen Arbeiten unterliegt werden. Diese Untersuchungen werden aber systematisch auch auf andere Berufe übertragen werden können, in denen gleichfalls das Problem „Arbeitsunlust oder Berufsfreude“ eine Rolle spielt. U. G.

Fortschritt.

Von H. Reijer, Dresden,
(Nachdruck ohne Berechtigung verboten.)

Wenn in einem Betriebe Maschinen ihre gleichmäßige Arbeit verrichten, so ist es dem Unternehmer gleichgültig, durch welche Kraft sie bewegt werden, sofern nicht durch den Unterschied Nachteile oder Vorteile sich ergeben. Diese Betrachtung hinsichtlich der Zweckmäßigkeit gilt sowohl bezüglich der Leistungen wie der laufenden Betriebskosten. Ist bei der Wahl eines bestimmten Antriebs als sicher anzunehmen, daß die ersten höher und die letzteren sich niedriger stellen müssen als bei Verwendung eines anderen, dann spielen die höheren Aufwendungen für die benötigte Anlage keine Rolle. Mehrfache Gesichtspunkte müßten beispielsweise für die Ausgestaltung der Volkswohlfahrt maßgebend sein, da mit dem Niveau der Lebensgestaltung auch die Sicherung der Wirtschaft steigt respektive fällt.

In Verbindung mit solchen Erwägungen wird viel von dem Fortschritt gesprochen, der auf allen Gebieten zu verzeichnen sei. Was diesen hinsichtlich der „Fürsorge“ anbelangt, so ist ein solcher vorhanden, wenn andererseits auch nicht bestritten werden kann, daß es noch viele Ungerechtigkeiten und Mängel zu beseitigen gilt und auch nicht, daß letzten Endes sich alle Fürsorgemaßnahmen als unzureichend erweisen müssen gegenüber der fortschreitenden Verelendung durch die sogenannten Fortschritte sonst, denn diese kommen nur verhältnismäßig geringen Schichten der Gesamtbevölkerung zugute. Für die Masse bedeuten sie vorwiegend Schädigung und Gefahren.

Sehen wir uns daraufhin einige herausgegriffene Beispiele an.

Kein vernünftiger Mensch wird leugnen, daß die Radio- und Bildübertragungen aus nah und fern sowie die Sprechfilme eine Sache sind, die uns Wunderbare grenzt. Vor allem sind sie ein Zeichen des immer tiefer in die Geheimnisse der Natur eindringenden Menschengesittes. Aber selbst diese Erfindungen und Ergründungen haben ihre bedauerlichen Schattenseiten. Sie können trotz aller Vollkommenheit, die sie erreichen werden, niemals das Original ersetzen. Spricht ein Mensch mit einem anderen, den er im Bild vor sich sieht und zu dem es ihn drängt, so ist alles, was er von sich geben kann, Wort und Geste. Unmöglich aber ist es ihm, dem anderen auch nur die Hand zu drücken und in Leid und Schmerz diesem persönlich beizustehen. Muß nicht nach der Trennung dieses Bewußtseins doppelt schwer auf ihm lasten, während der andere doppelt unter der Einfachheit leidet?

Aber auch dem Individualismus des einzelnen Menschen vermögen solche Hervorführungen nicht gerecht zu werden. Auf die Dauer machen sie nervös, kumpfen ab und haben nicht zuletzt den Nachteil, daß sie unzählige Menschen brotlos machen und in die Reihen derer stößen, die überzählig sind. Außerdem bergen sie die Gefahr in sich, daß sie jugendlich durch in Variationen gebrachte Anschauungen solche in den Massen der Hörer verankern können, die das freie und selbständige Denken beeinträchtigen.

Nach vor Jahrzehnten kaum glaubliche Fortschritte erzielte die Technik auf dem Gebiete der Ueberwindung räumlicher Entfernungen auf dem Erd-

ball. Waren in der Vergangenheit oft viele Monate nötig, um ein Ziel auf dem Land- oder Wasserwege zu erreichen, so werden jetzt nur noch Tage und Wochen gebraucht. Den Vorteil haben einzig die Begüterten, die zu den vielen Reizen, die das Leben ihnen zu bieten vermag, einen neuen hinzuzufügen vermögen. Für die an Pflicht und Verdienst gebundenen wie für die arbeitslos am Himmel liegenden Menschenmilionen, die zum Himmel aufschauen, wenn das Rattern und Knattern eines Motors die

Umsicht! Vorsicht! Rücksicht! Die Dummen werden nicht alle!

Obwohl es allmählich eigentlich jedes Kind wissen müßte, daß es lebensgefährlich, ja geradezu selbstmörderisch ist, Petroleum oder Benzin in eine schmelzende Flamme zu gießen, werden es doch Woche um Woche die Zeitungen aus allen Teilen der Welt, daß es noch Unfälle gibt, die auf derartigen Leichtsinns zurückzuführen sind. Immer wieder wird es bei der Arbeit sowohl wie im Haushalt verlußt, eine unter der Asche glimmende Flamme zu entdecken, indem eine brennbare Flüssigkeit in die Glut gegossen wird. Meist ist es einfach nur Faulheit und Bequemlichkeit, weil die Betroffenen sich die



**Öl ins Feuer gießen
mußt Du büßen!**

Nähe sparen wollen, mit ein wenig Sorgfalt und einigen geschickten Handreichungen die schmelzende Flamme neu zu entfachen.

Die Gefahr besteht darin, daß die brennbare Flüssigkeit nicht eine sanfte Flamme, sondern eine explosionsartig aufzudeckende, sofort auf das Gefäß übergreifende Feuerfäule hervorruft. Dabei werden nicht nur Gesicht und Hände oft aufs schwerste verbrannt, sondern auch die Kleider fangen Feuer, es entstehen Stubenbrände, Wohnungsbrände, Hausbrände. Und oft hat man die Körper solcher Unglücklichen in völlig verkohltem Zustande vorgefunden.

Man soll nicht, um einige Minuten zu sparen, sein Lebensglück aufs Spiel setzen und die Gefahr in Kauf nehmen, womöglich Tage, Wochen und Monate seines Lebens im Krankenhaus zubringen oder gar unter schweren Qualen dem Tod anheimfallen zu müssen.

Nähe eines Flugschiffes verkündet, ist der Anblick eines solchen, das in der Luft, frei wie ein Vogel, seine Bahn zieht, das einzige, was sie von diesem Fortschritt haben. Und die wenigsten, die die Reizenden beneiden, denken daran, daß so ein Boot, der aus fernem Landen kommt, statt der genießenden Passagiere auch einmal andere Ladung tragen kann, die geeignet ist, Tod und Verderben über blühende Gefilde mit samt aller lebenden Kreaturen auszustreuen.

Und wie steht es mit den Fortschritten auf den Gebieten des Wissens? Sie zeigen, daß es vielfach Stückwert ist und Stückwert bleiben wird, solange das Fortschreiten entweder dem persönlichen Ehrgeiz oder sonstigem Vorteil privilegierter Kreise dient, die mit Eifer darüber wachen, daß das Studium Vorrat ihrer Angehörigen bleibt, ebenso darüber, daß jeder sich bemerkbar machen darf aufstrebende Geist aus anderen Schichten beizugehen unschädlich gemacht wird. Aber auch dort, wo wirklich Errungenschaften zu verzeichnen sind, da bringen sie selten Erleichterungen für die Allgemeinheit, sondern viel eher

Schädigungen und Drangsale, wie die Not der Kranken, die zu Verlußtswegen benutzt werden, zur Genüge beweist. Leider.

Dasselbe Bild zeigt sich auf dem Gebiete der Wirtschaft.

Mit primitiven Hilfsmitteln und brutalster Ausnutzung menschlichen Materials schuf das Altertum beispielsweise in den Pyramiden Wunderwerke, die der heutigen Fachwelt mit Rücksicht auf das Primat der Handwerkszeuge und Beförderungsmittel Ausrufe der Bewunderung entlocken. Solchen Wundern ähnlich wirkt der sich überstürzende Aufstieg moderner Technik, Mechanisierung und Rationalisierung, der die Praxis früherer Zeitalter ins Wanken und Stürzen brachte. War ehemals das blühende Handwerk neben dem emsig tätigen Landvolk ein selbstverankerter Grundpfeiler, auf dem Wohlstand blühte und der dem Handel und Wandel belebende Möglichkeit zur Entfaltung bot, so wurde es unter den Einflüssen der neueren Zeit zum bloßen Handlanger. Wo es sich behauptet, sieht es dahin, ohne Aussicht, sich jemals wieder erholen zu können. An seine Stelle sind Maschinen getreten. Der gelernte Arbeiter aber, ehemals Handwerksgefelle, sinkt zum seelenlosen Werkzeug herab. Stunde für Stunde, Tag für Tag steht er am Laufband oder an der Maschine und verrichtet immer dieselben Handgriffe, die ihn selbst zur Maschine werden lassen. Hinter ihnen, wie hinter denen, deren Tätigkeit nicht von Maschinen erjezt werden kann, stehen die Aufpasser und Antrieber, die diejenigen, welche mit dem Tempo nicht fortkommen oder sonst irgendwelche körperliche Schwäche, eventuell Auffälligkeit zeigen, der Betriebsleitung melden, die mit der Aushändigung der Entlassungspapiere schnell bei der Hand ist. Vielfach, wenn es nur irgend möglich ist, treten an Stelle der männlichen Arbeiter weibliche Hilfskräfte, denn diese sind billiger und lassen sich obendrein leichter leiten und gefügig machen.

Wo einstmals auf wirkliches Können gefügter Geist durch Qualität der Arbeit und Erzeugnisse Erfolg errang, da werden heute Massen und Serien hergestellt. Das in Trusts und Konzernen zusammengeschlossene Kapital, das die Banken beherrscht und von sich abhängig macht, diktiert, was der Weltmarkt zu frequentieren hat. Ebenso liegt die Preisbemessung in seinem Belieben, wodurch es ermöglicht wird, jede aufstrebende neue Konkurrenz zu erdroffeln.

Nach zerfallen diese Großunternehmen in wenige selbständige Teile. Doch tobt auch zwischen diesen schon ein, wenn auch verstedter und für die Öffentlichkeit nicht sichtbarer Kampf auf Leben und Tod, der schließlich mit dem Sieg des einen oder anderen Teiles enden muß, so daß zuletzt nur noch eine einzige Gesellschaft mit wenigen Köpfen, aber allmächtiger kapitalistischer Machtfülle über den Erdkreis und alle Kreatur ihre „Leben und Kraft“ der Massen vernichtenden Fänge austrecken wird.

Fabriken und Betriebe aller Art in Stadt und Land werden in Trümmer zerfallen, weil sie den Industriezentren, wo eine Abteilung der Produktion mit der anderen in Verbindung steht, weichen müssen. Logischerweise werden dann weitere Millionen von Menschen in allen Ländern der Welt überflüssig. Während der eine Teil, der noch Beschäftigung findet, mit der Entlohnung seiner Leistungen imstande sein wird, einen äußerst primitiven Lebensunterhalt zu führen, ist naturgemäß der andere, der größte Teil, dem Untergang geweiht. Unterstützungen gibt es dann nicht mehr.

Wie lange sie in der Lehtzeit gezahlt werden, das hängt nicht nur von der Fülle oder Leere der Kassen ab, sondern vor allem vom Bestand solcher Regierungen, die ein Verständnis für die Nöte der Erwerbslosen haben.

Man sieht, der technische und sonstige Fortschritt hat mit Lustig in allgemeiner Hinsicht wenig zu tun, und die Aussichten für die Zukunft scheinen noch trüber zu sein.

Trotzdem ist jeder Pessimismus verfehlt. Es liegt ja nur an der Entschlußkraft der Massen der Werttätigen in den Betrieben, Kontoren und Amisstuben, welche ihnen von der Vernunft verliehen ist, in rechter Weise zu gebrauchen. Diese sind Stärkung und Ausbau der freien Gewerkschaften und aller genossenschaftlichen Unternehmungen und intensive Werbung für die Ideale der sozialistischen Idee. Diese sind: „Befreiung von Ausbeutern und Verklung, Erklämpfung des Lebensrechtes und der Existenzsicherung aller im Produktionsprozeß stehenden Schaffenden, einschließlich derjenigen, welche ihrer Pflicht genügen oder derselben aus sonstigen Gründen entbunden sind.“ Erst dann wird sich jeder Fortschritt im Interesse des Allgemeinwohls auswirken.

Damit aber solche Verhältnisse reifen können, ist Einigkeit vonnöten. Jede Abspaltung vom Stamm der Bewegung schädigt diese selbst und dient damit den Zwecken des Kapitals und des Unternehmertums. Wer solche Spaltung unterstützt oder neutral zur Seite steht, macht sich mitschuldig, wenn im Endkampf die Unnatur über das Recht der Schaffenden liegen sollte.

Aus Beruf und Verband

Der Abschluß der Tarifbewegung in der württembergischen Lederwaren-Industrie

Am 31. Januar dieses Jahres kündigten die württembergischen Lederwarenindustriellen den am 9. Mai 1928 in freier Vereinbarung abgeschlossenen Tarifvertrag für die Koffer-, Lederwaren-, Reise-, Sportartikel- und Lederwarenindustrie in Württemberg und Hohenzollern. Als wesentlichste Forderungen wurden ihrerseits geltend gemacht: Herabsetzung des Lohnschlüssels für die Arbeiterinnen und in den jüngeren Stufen der Hilfsarbeiter, Beseitigung der Feiertagsbezahlung und der Bezahlung der Freizeit am Vorabend vor Weihnachten, Herabsetzung der Zuschläge für Überstunden auf 20 statt 25 Prozent, Herabsetzung des Lohnes während der Feiertage und anderes mehr. Eine Erhöhung der Ferien um zwei Tage bei achtjähriger Betriebszugehörigkeit wäre uns großmütig zugestanden worden.

Von unserer Seite wurde als wichtigste Forderung in anbeacht der fortgeschrittenen Rationalisierung und der damit verbundenen Arbeitslosigkeit die Verkürzung der Arbeitszeit um drei Stunden wöchentlich in den Vordergrund gestellt. Neben einer Reihe anderer Verbesserungen verlangten wir auch scharfe Bestimmungen gegen die Überzeitarbeit.

Die Verhandlungen gestalteten sich besonders auch unter Berücksichtigung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Depression von vornherein äußerst schwierig. Die Arbeitgeber gaben ein sechsstufiges Flugblatt an sämtliche Beschäftigte ihrer Betriebe heraus, das den Beweis dafür erbringen sollte, daß man in Stuttgart eine Lohnpolitik treibe, die von der Industrie nicht ertragen werden könnte und deren Ruin oder Wegzug zwangsläufig im Gefolge hätte.

In Verhandlungen am 17. März und 1. April kam man sich in keiner Weise näher, und es wurde daher die Schlichtungskommission beauftragt, einen neuen Vertrag vorzubereiten. Nach zweitägigen Verhandlungen am 29. und 30. April wurde ein Schiedsspruch gefällt, der unter Beibehaltung der bisherigen Vertragsbestimmungen eine Herabsetzung in der Einkauf der Löhne der Arbeiterinnen und der jugendlichen Hilfsarbeiter neben einer kleinen Verbesserung in der Anrechnung früherer Beschäftigungszeit bei Bemessung der Ferien und die Möglichkeit einer Ablehnung der sogenannten Pflichtüberstunden vorsah. Dieser Schiedsspruch wurde nach Stellungnahme der beiderseitigen Vertragsparteien abgelehnt. Von unserer Seite wegen der Untragbarkeit eines Abbaues der Löhne der Arbeiterinnen um 4 Prozent im Schlüssel. Auf Arbeitgeberseite angeblich wegen zu geringer Berücksichtigung ihrer weitgehenden reaktionären Forderungen.

Nach weiteren Verhandlungen am 19. Mai vor dem Schlichter für Südwestdeutschland, der die Parteien unverbindlich zusammenberief, verließen die Arbeitgeber als gänzlich neue Forderung noch eine Verschlechterung der Affordbasis von 15 auf 12 1/2 Prozent zur Geltung zu bringen. Es wurde ihnen jedoch sofort bedeutet, daß damit der Wirtschaftskampf mit all seinen Folgen unvermeidbar wäre, und so kam es zu neuen Verhandlungen in einer kleinen Kommission, unter Vorsitz der Forderung auf Abbau der Affordbasis, deren Ergebnis in den letzten kritischen Punkten durch bindenden Schiedsspruch zustande kam.

Nach diesem Schiedsspruch ist zwar der Schlüssel der Arbeiterinnen entsprechend den Verhältnissen anderer Bezirke, wie Offenbach, Leipzig, Nürnberg usw. angepaßt, jedoch mit der Maßgabe, daß allen vor dem 1. Mai im Betrieb beschäftigten Jeltlohnarbeiterinnen die Differenz zwischen altem und neuem Mindestlohn als tarifliche Zulage erhalten bleibt. Erst darüber hinausgehende Verdienste sind Leistungszulagen.

Damit hat ein bis zum letzten Verhandlungstage äußerst gespanntes Verhältnis sein vorläufiges Ende gefunden. Wir waren uns bewußt, daß eine Entscheidung auf dem Wege des offenen Kampfes den Ruin einzelner Betriebe bedeutet und der Ruin auf unserer Seite die Opfer kaum gelohnt hätte. Wohlgefallen aus diesen Gründen wurden die Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft.

Es gilt aber, nach wie vor auf dem Festen zu sein. Die württembergischen Lederwarenindustriellen sind in ihrer Führung stark beeinflusst von Heuten, die mit größter Rücksichtslosigkeit zu Werke gehen. Diese werden wir in der Zukunft mehr denn je ins Auge zu fassen haben. Wenn unsere Organisation nicht vorhanden wäre, sie müßte schon wiederholt neu geschaffen werden. Besonders die

Arbeiterinnen werden gezwungen sein, alles zu tun, was die Geschlossenheit erhöhen kann.

Auch an unsere Kollegen und Kolleginnen in ländlichen Gebieten richten wir die Mahnung: Schließt euch zusammen. Nur dadurch gelangen wir zu einem einheitlichen Tarifvertrag, der die gesamte in Frage kommende Industrie umfaßt, wobei der Nutzen in erster Linie den schlechtest entlohnten Gebieten zugute kommen wird.

Nicht gleichgültig gegenüber dem Zusammenschluß zum Nutzen der Bedrücker, sondern mit bestmöglicher Geschlossenheit gegen die Ruhestörer der heutigen kapitalistischen Wirtschaft.

Vorsicht bei Verwendung von Jostlerpräparaten.

In Nr. 9, Jahrgang 1930, unserer Zeitung brachten wir einen Artikel über die gesundheitsschädliche Wirkung gewisser Jostlerpräparate, wie sie vielfach als Klebemittel beim Linoleumlegen verwendet werden. Nun schildert uns ein Dresdener Kollege die Erfahrungen, die er mit Verwendung eines Mittels mit der Firmenbezeichnung „Koi“ gesammelt hat. Er schreibt dazu: „Der Raum, den ich auszulagern hatte, war ein schmaler Gang, etwa 90 Zentimeter breit, 2,40 Meter hoch und 15 Meter lang. Er bildete in einem hiesigen Sanatorium den Wächtergang um den Trepporraum herum und konnte nur elektrisch beleuchtet werden. Ich hatte von 11 bis 3 Uhr mit der Schmiere hantiert, als ich plötzlich zu schwanken anfing und gegen die Wand fiel. Alles drehte sich und mir kam Erbrechen an. Auf Händen und Füßen trock ich zum Ausgang und brach dort zusammen. In der folgenden Nacht wurde das würgende Erbrechen so stark, daß es kaum auszuhalten war. Frisches Wasser von der Wasserleitung schmeckte mir wie starkes Zuckermilch. Ich sah alles blau vor Augen wie durch eine starke blaue Schutzbrille und hatte das Gefühl, als wäre ich ausgeblendet. In den Adern verpürte ich ein Gefühl, als würde ich elektrifiziert, und nach heute habe ich ziehende Schmerzen in den Blutgefäßen. Ich möchte deshalb jedem Kollegen, der mit derartigen Jostlerpräparaten zu arbeiten gezwungen ist, die größte Vorsicht empfehlen. Die Folgen verspürt man erst, wenn es viel zu spät ist.“ Wie uns der Kollege weiter mitteilt, hat er den Unfall sofort angemeldet und zu Protokoll gegeben. Zurzeit läßt das Versicherungsamt das Jostlerpräparat von einem Sachverständigen untersuchen, doch sind darüber bereits zwei Monate vergangen, ohne daß er eine Benachrichtigung erhielt. Wir schließen uns dieser Warnung an und eruchen alle Kollegen, die ähnliche Erfahrungen machen mußten, um diesbezügliche genaue Angaben. Es scheint uns die höchste Zeit, daß sich die zuständigen Gesundheitsbehörden diese neuen Klebemittel einmal etwas näher betrachten.

Flauer Umlauf von Personentransportwagen.

Das Institut für Konjunkturforschung berichtet über eine Statistik, die in Zusammenarbeit mit dem Reichsverband der Automobilindustrie seit Beginn dieses Jahres bis Ende April aufgenommen wurde. Es wurden in diesem Zeitraum rund 27 200 fabrikneue Personentransportwagen zum Verkehr zugelassen. Der Absatz in diesem Frühjahr hat demnach die Vorjahreshöhe nicht überschritten. Im ganzen ergibt sich, daß sich die Lage auf dem Automobilmarkt konjunkturell gegenüber 1929 verschlechtert hat. Die Ursache ist im wesentlichen in der verminderten Kaufkraft des für den Absatz von Personentransportwagen in Frage kommenden Publikums zu suchen. Auch die Steigerung der Betriebskosten, die sich durch die Erhöhung der Benzin- und Benzolpreise ergibt, hat abtönend gewirkt.

Die Bevorzugung der Kleinwagen, die bereits längere Zeit beobachtet wurde, hat auch in der kurzen Zeit von Januar bis April 1930 weitere Fortschritte gemacht. Mit einem Anteil von rund 40 Prozent der Gesamtzulassungen ist die Klasse der Kleinwagen (bis 20 Pferdekraft) mengenmäßig die bedeutendste. Am Absatz derselben sind nur verhältnismäßig wenig Firmen beteiligt. Opel stellt ungefähr die Hälfte der zugelassenen Kleinwagen her. Die Bevorzugung der Kleinwagen bedeutet, daß sich für die Mehrzahl der deutschen Autofabrikanten, das heißt für alle

die, die ausschließlich oder in der Hauptfache größere Wagen herstellen, die Absatzlage im ganzen gegenüber dem Vorjahre und auch während der letzten vier Monate mehr verschlechtert hat, als dies die Entwicklung des Gesamtabzuges zeigt.

Die Auslandskonkurrenz beeinflusst den an und für sich schwachen Markt in diesem Frühjahr sehr ungünstig. Unter 100 zugelassenen Personentransportwagen waren im Durchschnitt der ersten vier Monate dieses Jahres etwa 30 Erzeugnisse ausländischer Firmen. Am stärksten ist die Auslandskonkurrenz im Geschäft der 40- bis 75-PS-Klasse. Ungefähr die Hälfte des Gesamtabzuges dieser Klasse wird von ausländischen Firmen bestritten, die hier mit einer großen Fülle von Marken und Typen vertreten sind. Die wichtigsten unter ihnen sind Chevrolet und Esfer. Ford konkurriert mit seinen Fabrikaten in der 20- bis 40-PS-Klasse. Am Gesamtabzug dieser Klasse waren die ausländischen Firmen mit 11,9 Prozent, Ford allein mit 8,4 Prozent beteiligt. Auf dem Markt der schweren Wagen über 70 PS konnte sich die Auslandskonkurrenz nicht in dem Maße durchsetzen wie im Bereich der mittelschweren Wagen. Die in Absatz führenden Marken sind hier Horch und Daimler-Benz.

Die ausländische Einfuhr ist zum größten Teil über die Montagewerksstätten erfolgt. Das geht daraus hervor, daß an fertigen Wagen in den ersten vier Monaten dieses Jahres 2720 Stück eingeführt worden sind, während der Gesamtabzug der ausländischen Firmen in der gleichen Zeit etwa 7092 Wagen betragen hat.

Interessant sind die Zahlen über den Gesamtumsatz auf dem Altwagenmarkt. Zahlenmäßig übersteigt derselbe den Absatz von fabrikneuen Wagen bei weitem. In den ersten vier Monaten 1930 wurden insgesamt 48 971 gebrauchte Personentransportwagen zum Verkehr zugelassen. Der Absatz der Altwagen betrug in Prozenten des Gesamtumsatzes (alte und neue Wagen) im Januar 69, im Februar 66, im März 69 und im April 62. Bei einem Teile der zugelassenen gebrauchten Wagen dürfte es sich um vorübergehend außer Betrieb gestellte und wieder in den Verkehr gebrachte Wagen handeln. Trotzdem zeigen diese Zahlen, welche Bedeutung der Altwagenmarkt als Konkurrenz der fabrikneuen Fahrzeuge auch in Deutschland gewonnen hat.

Werden die Stahlmagnaten die Automobilindustrie auskaufen?

Führende Männer der Schwerindustrie beschäftigen kürzlich große Automobilwerke angeblich in der Absicht, finanzielle Beteiligung an der Automobilindustrie zu nehmen. Man fragt sich, ob die Schwerindustriellen, die durch Verbindung mit der Automobilindustrie ihren Stahlabsatz bei den betreffenden Werken zu sichern wünschen, in der Lage sind, die zwanzig bis dreißig Millionen Mark aufzubringen, die für maßgebende Beteiligungen an den Automobilwerken erforderlich wären. Man wird bezweifeln müssen, daß die Stahlmagnaten diesen Betrag gegenwärtig aufbringen werden. Weniger die gegenwärtige Wirtschaftsdpression, die zu starkem Rückgang der Erträge der Stahlkonzerne führte, ist der Grund dafür, daß die Schwerindustriellen die zum Ankauf der Autofabriken nötigen Kapitalien im Augenblick nicht zur Verfügung haben. Der wirkliche Grund scheint uns vielmehr darin zu liegen, daß die großen Stahlkonzerne gelegentlich der Erneuerung der Verbände am Anfang dieses Jahres durch Ankauf und Stilllegung von Betrieben und Quotenübertragungen gewaltige Opfer — man schätzt den Aufwand auf sechzig bis achtzig Millionen Mark — brachten. Die Früchte dieser ungeheuren Ausgaben werden sich erst in Zukunft zeigen. Wurden doch die Opfer gebracht, um das Monopol für zehn Jahre unerschütterlich zu machen und im Rahmen des Monopols die Machtstellung der Großkonzerne zu festigen. Wenn die Erwartungen der Großkonzerne nicht täuschend werden, dürften ihnen in den nächsten Jahren Gewinne in den Schach fallen, die sie, gerade infolge der Befestigung des Kartells auf zehn Jahre, nicht mehr wie früher zu Zwecken des Quotenkampfes und zur Befestigung von Außenfeldern verwenden müssen. Dann erst werden bei ihnen große Mittel frei werden, die sie, falls sie diese nicht nach dem Zustand bringen, in anderen Produktionszweigen werden anlegen müssen. Dann erst wird der Zeitpunkt kommen, in dem die Stahlmagnaten die Automobilindustrie zu der sie Lieferanteninteressen hingelenken, aufkaufen. Es ist freilich möglich, daß wir uns im Irrtum befinden und die Stahlmagnaten bereits heute in der Lage sind, einige Dutzende von Millionen für Ankauf von Automobilwerken auszugeben!

Treibt Ford „soziales Dumping“?

Der zweite Vorsitzende des amerikanischen Gewerkschaftsbundes Matthew Wolk erhebt gegen Henry Ford die Beschuldigung, er betreibe ein soziales Dumping, indem er Traktoren in Irland mit billiger Arbeitskraft herstellen läßt und diese nach den Vereinigten Staaten und Kanada, Länder, in welchen die Löhne viel höher sind, ausführt. Der Behauptung von Wolk zufolge habe Ford, seitdem er seine Fabrik in Cork eröffnete, seit Beginn des laufenden Jahres 10 000 seiner Arbeiter in den Vereinigten Staaten in Detroit entlassen. Die in Cork hergestellten Traktoren können nach Kanada und den Vereinigten Staaten zollfrei eingeführt werden. Die billige irische Arbeitskraft ermöglicht Ford, die Traktoren um 40 Proz. billiger herzustellen als in den Vereinigten Staaten. Beinahe 70 Proz. der Traktoren wurden von Irland nach den Vereinigten Staaten ausgeführt; allein nach New York wurden im Januar dieses Jahres 1365, im Februar 2205 Stück geliefert. Fords Propaganda gegen die amerikanischen Zollherhöhungen wird in diesem Zusammenhang so hingestellt, daß er damit nur das Ziel verfolge, seine billigen Traktoren nach den Vereinigten Staaten weiter zollfrei einführen zu dürfen.

Löhne und Preise.

Seit Jahr und Tag klagen die deutschen Unternehmer, daß die Wirtschaft sich nicht recht entwickeln kann, da die Löhne zu hoch sind. Die Unternehmer belegen ihre Klagen niemals durch genaue Angaben der Entwicklung der Lohnkosten; da aber die Devisenlosigkeit an sich dazu neigt, den Unternehmern zu glauben, sind alle diejenigen, die gegen die Unternehmer argumentieren und für steigende Löhne eintreten, in der Defensive, und statt, daß die Unternehmer ihre Behauptungen mit Zahlen belegen müssen, sind alle die, die die Behauptungen der Unternehmer widerlegen wollen, gezwungen, sich das dazu nötige statistische Material zu sammeln.

Unglücklicherweise — es ist wohl kein Zufall — gibt es keine auch nur einigermaßen befriedigende Statistiken über die Kosten der Löhne für den deutschen Unternehmer. Das Institut für Konjunkturforschung, das ja bereits eine ganze Anzahl sehr nützlicher Untersuchungen gemacht hat, sollte, sich an den Untersuchungen des U. S. Census Bureau und der American Federation of Labor in Amerika orientierend, hier vorangehen.

Wenn es aber auch keine befriedigenden Statistiken der Lohnkosten in Deutschland gibt, so können wir doch indirekt einige Schlüsse auf die Entwicklung der Lohnkosten ziehen, die die Behauptungen der Unternehmer zu wiederholen geeignet sind. Einer der besten dieser indirekten Wege ist der Schluß von der Preisentwicklung.

Es ist schon öfter darauf hingewiesen worden, daß die industriellen Fertigwaren sehr viel mehr im Preise gestiegen sind, als die industriellen Rohstoffe und Halbwaren. Das ist in diesem Zusammenhang vor allem aus dem folgenden Grunde bemerkenswert: die Lohnkosten sind bei der Produktion industrieller Rohstoffe und Halbwaren prozentmäßig sehr viel höher als bei der Produktion von Fertigwaren. Wenn also die industriellen Rohstoffe und Halbwaren, obgleich die Löhne bei ihnen eine sehr viel größere Rolle spielen als bei den Fertigwaren, weniger gestiegen und verhältnismäßig sehr viel billiger sind als die industriellen Fertigwaren, dann können die Löhne nicht an den hohen Preisen der Fertigwaren schuld sein; dann müssen andere Faktoren an den hohen Preisen schuld sein; und dann müssen die Preise für andere Faktoren gesenkt werden, um die Wirtschaft anzukurbeln.

Oben dieser Faktor, der die Großhandelspreise von industriellen Fertigwaren auf solcher Höhe hält, läßt wohl auch die Kleinhandelspreise in ihrer Abwärtsbewegung zurück, so daß sie der Abwärtsbewegung der Großhandelspreise der Agrarstoffe und industriellen Rohstoffe und Halbwaren nicht folgen. Darum wäre es vom Standpunkt der Arbeiter völlig verfehlt, auf die Vorschläge der Unternehmer, die jetzt gemacht werden, einzugehen: die Löhne entsprechend dem Absinken der Großhandelspreise zu senken. Denn was nützt es dem Arbeiter, daß die Großhandelspreise für Eisen- und Stahlprodukte sinken, wenn die Kleinhandelspreise, wenn die Lebenshaltungskosten nicht sinken! Und wenn die Unternehmer behaupten, daß die Kleinhandelspreise dem Absinken der Großhandelspreise folgen werden, so spricht die Entwicklung der letzten Jahre gegen diese Behauptung. Die Lebenshaltungskosten sind gegenüber der Vorkriegszeit um doppelt soviel gestiegen wie die Großhandelspreise, und es würde für die Lebenshaltung der Arbeiter von ganz schlimmen Folgen sein, wenn sie auf

irgendwelche Vorschläge der Unternehmer eingingen, die dahin zielen, die Löhne zu den Großhandelspreisen in Beziehung zu setzen.

Jürgen Kuczynski.

Wie die Dehnbarkeit des Leders dem Verwendungszweck angepaßt werden kann.

Die Nachgiebigkeit des Leders ist entsprechend der Art und Stärke außerordentlich verschieden. Auch die Durchlässigkeit und Empfindlichkeit gegen Feuchtigkeit können durch die Gerbung und Zurichtung dem Verwendungszweck in bestimmten Grenzen angepaßt werden.

An die Zugbeanspruchung werden bei Ledern, welche für Sportartikel gedacht sind, aber auch bei verschiedenen Industrieledern, ganz erhebliche Anforderungen gestellt. Der Fußball, der aus einer Anzahl gleichgeschichteter Einzelteile zusammengeheftet ist, erleidet durch die im Innern eingesehten und aufgeschumpelte Luftblase eine gleichmäßige Zugbeanspruchung. Wird diese von den einzelnen Lederstellen nicht gleichmäßig aufgenommen, so leidet die Gebrauchsfähigkeit des Balles.

Die Zugfestigkeit der Haut steigt mehr in der Faserdichte. Von einem in zwei genau gleich dicke Schichten gespaltenen Leder hatte der Nardenspalt 24 Proz., der Fleischspalt 62 Proz. der Zerreißeigigkeit des ungespaltenen Leders. Bei jedem Leder sind die Fibrillen schwächer und dehnen sich mehr als der Kern, doch läßt sich in der Mitte zwischen Mittelrinne und Flanke eine Stelle finden, die praktisch konstant ist. Proben werden daher meist von dieser Stelle genommen. Da der Wasserergehalt des Leders von großem Einfluß ist, sollen Versuchsstücke drei Tage in einer Atmosphäre von 50 Proz. relativer Feuchtigkeit aufbewahrt werden. Beim Vergleich von vegetabilisch und chromgerbten Häuten wurde gefunden, daß bei niedrigem Fettgehalt im allgemeinen Chromleder etwas härter und bei höherem Fettgehalt etwas schwächer ist als vegetabilisch gerbtes Leder. Zur Untersuchung des Einflusses des Fettgehaltes wurden gleichmäßige Stücke aus der oben bezeichneten Stelle parallel der Rücklinie mit Chloroform entfettet und über Nacht mit verschiedenen konzentrierten Lösungen von Kaliumöl in Chloroform behandelt. Nach einlässigem Lagern und dreitägigem Aufenthalt in einer Atmosphäre von 50 Proz. Feuchtigkeit wurden Zerreißeversuche angestellt. Mit steigendem Fettgehalt nimmt der Wasserergehalt ab. Ziegenleder dehnt sich viel stärker bei gleicher Belastung als Kalbleder, was seinen Grund in der lockeren Struktur des ersteren hat. Bei Kalbleder wird die Dehnbarkeit durch das Fett nicht wesentlich geändert, doch wird die Zerreißeigigkeit stark erhöht, während bei Ziegenleder mit steigendem Fettgehalt bei gleicher Belastung die Dehnbarkeit sehr erhöht, die Zerreißeigigkeit aber kaum geändert wird.

Das im Colligium veröffentlichte Prüfungsergebnis ist besonders deswegen bemerkenswert, weil ausdrücklich darauf hingewiesen wird, daß der Feuchtigkeitsgehalt bei der Prüfung berücksichtigt worden ist. Bei allen Lederprüfungen, besonders bei der Feststellung der Dehnbarkeit, muß darauf geachtet werden, daß der Feuchtigkeitsgehalt normal ist. Ein Stück Leder, welches man nach einer Lagerung in trockener Atmosphäre prüft, scheint weniger wertvoll als ein tatsächlich schlechteres, welches die erforderlichen Fett- und Feuchtigkeitsbestandteile enthält. Bei Nachprüfungen ist ermittelt worden, daß ein Feuchtigkeitsgehalt von 35 bis 55 Proz. die Festigkeit des Leders um 13 Proz. und die Dehnungsbzw. Zerreißeigigkeit um 16 Proz. steigert. Bei anderweitig vorgenommenen Prüfungen ist ermittelt worden, daß bei einer Steigerung der Feuchtigkeit von 35 auf 75 Proz. die Durchschnittsfestigkeit um 42 Proz. gesteigert werden konnte, das Ausdehnungsvermögen wuchs um 53 Proz. Das Bureau of Chemistry des United States Department of Agriculture hat einen Raum eingerichtet (der übrigens der einzige der Welt sein soll), in welchem die Feuchtigkeit genau überwacht werden kann, so daß die Lederprüfungen bei allen wissenschaftlichen Grundbedingungen ausgeführt werden können.

Das handelsübliche Leder, das wir als „gut trocken“ zu bezeichnen pflegen, ist unter normalen Verhältnissen nicht feuchtigkeitsfrei, sondern besitzt immer eine gewisse Menge Feuchtigkeit, die von den hygroskopischen Lederfasern bei regelrechter Aufbewahrung lange Zeit festgehalten wird. Zu trockenes Leder erhält bekanntlich eine mehr oder weniger unelastische, mürbe Beschaffenheit; die Faser hat ihre Dehnbarkeit eingebüßt, und die sonst so geschmeidige Haut des Nardens neigt zum Brechen. Oft scheiden derartige Leder teilweise ihre Verbstoffe, Schmier- und Verschwerungsmittel aus, wodurch das Aussehen meist stark verschlechtert wird.

Die Lederindustrie hat die Zugigkeit des Leders in äußerst verschiedener Weise einzuschränken versucht. Ein Teil dieser Versuchsresultate ist patent-

rechtlich geschützt. Das Ziel hat man auf sehr verschiedenem Wege zu erreichen versucht. Durch Streckglieder, die fortlaufend spannend und lockend auf das Leder einwirken, ist eine vollkommene Gleichmäßigkeit in allen Lederanteilen nicht zu erreichen gewesen. Man ist neuerdings dazu übergegangen, eine gleichmäßige Streckung des Leders durch Luft-, Gas- oder Flüssigkeitsdruck zu erreichen. Ein das Druckmittel aufnehmender Behälter ist mit nachgiebigen Bandungen ausgestattet. Ein Gummizylinder wird in einem Tragrahmen befestigt, auf welchen das zu bearbeitende Leder so fest gespannt wird, daß der nachgiebige Behälter bei seinem Aufpumpen auf das Leder einwirkt und infolge seiner nachgiebigen Anpassungsfähigkeit auf das Leder wirkt. Infolge des erzeugten Druckes werden alle ungleichmäßigen Zugwirkungen beseitigt.

Aber auch bei verschiedenen Feinledersorten, wie Ziegen- und Lammleder, Besuteh, Damenhandtaschen u. dgl. verarbeitet werden, ist eine gleichmäßige Zugigkeit von erheblicher Bedeutung. Während bei verschiedenen Lederarten, besonders bei Handschuhen, die natürliche Dehnbarkeit ein Vorteil ist, weil diese ein allseitiges leichtes Anschmiegen an die Finger und Handform ermöglicht, ist diese Dehnbarkeit für gewisse Zwecke unerwünscht; besonders bei solchen Waren, die bei der Benützung gewissen Spannungen ausgesetzt sind und sich nach und nach verziehen können. Um dies zu verhindern, sind ebenfalls sehr mannigfache Versuche gemacht worden. Ein bemerkenswertes Verfahren besteht darin, daß das Leder entweder von Hand oder auf mechanischem Wege im trockenen Zustande geschliffen wird; alsdann wird es auf eine etwas befeuchtete Holzplatte gelegt und von der Mitte nach außen hin glattgestrichen, was z. B. unter Verwendung eines feuchten Lappens geschehen kann. Hierauf läßt man das ausgespannte Leder vollständig trocknen, dann wird es gewendet, leicht angefeuchtet und ebenfalls ausgespannt. Auf die Rückseite, die jetzt oben liegt, wird eine Gelatinelösung von folgender Zusammensetzung mittels Pinsel aufgetragen: 20 Gramm Gelatine, 500 Gramm Wasser und 1 Gramm doppeltchromsaures Kali. Man läßt das Leder wiederum trocknen, worauf es ohne weiteres für die Herstellung von Kissen aller Art, Damenbeutel und -taschen, Tabaksbeutel u. dgl. verwendbar ist. Der Vorteil, der durch diese einfache Imprägnierung auch bei allen anderen Feinledersorten erzielt werden kann, besteht darin, daß auch dünneres Leder Verwerrungen beim Zuschneiden, Nähen und sonstiger Verarbeitung nicht ausgesetzt ist.

Bei stärkeren Ledern, auch fertigen Riemen, besonders Treibriemen, sucht man die Zugigkeit etwas zu beschränken. Durch Streckrahmen wurde das Werkstück vorzugsweise nur an den Enden oder am Rande gestreckt. In der Mitte war die Wirkung des Zuges wesentlich geringer als an den Rändern. Mit Hilfe der neuen Streckmaschine ist es möglich, das Leder auch in der Mitte zu strecken. Diese sind aber von einer Maschinenkraft abhängig, infolgedessen ziemlich kostspielig und kommen also nur größere Werkstätten in Betracht. Man hat infolgedessen versucht, eine Streckmaschine in einfacherer Weise so auszubilden, daß sie ebenso wie die maschinell betriebene das Werkstück in allen Teilen gleichmäßig beeinflusst. Die Vorrichtung besteht aus einem geteilten Zylinder, dessen Teile als Segmente (gestrümmte Latten) ausgebildet sind. Das Werkstück wird auf den Zylinder gespannt, dessen Teile dann durch Keile nach außen getrieben werden, welche im Innern die erforderliche Stütze bzw. Druck erhalten.

Die Dehnbarkeit des Leders ist eine seiner hervorragendsten Eigenschaften; denn sie ermöglicht seine vielseitige Verwendung. Auch bei denjenigen Stücken, wo die Benützungsweise stark verminderte Zugigkeit zur Voraussetzung hat, kann diese niemals völlig aufgehoben werden. Wenn es gelingen würde, einem Treibriemen den Rest seiner Dehnbarkeit zu nehmen, so würde dieser die Eigenschaften eines Stahlbandes erlangen und sich im Betriebe genau so verhalten wie dieses. Bei Sportledern, dem Trommelfell, einer Membrane und verschiedenen anderen Industrieledern kann es sich immer nur um die Einschränkung, niemals aber um die völlige Aufhebung der Zugigkeit handeln. Wenn man die Dehnbarkeit des Leders durch Spannen herabzumindern versucht, darf die Streckgrenze nicht überschritten werden, weil sonst durch Zerreißen der Fasern die Haltbarkeit Einbuße erleidet. Ob Leder nur in der Länge oder in beiden Ausdehnungen gespannt wird, ist gleichgültig. Nach der Entspannung ist ein kleiner Rückgang durchaus natürlich und selbstverständlich. Bei der Lederfabrikation wird die Zugigkeit aller Leder in gewissen Grenzen bei den Vollendungsarbeiten durch die Ledermaße eingeschränkt. Wo aber eine ganz besondere Verminderung der Dehnbarkeit erforderlich ist, kann diese durch die Spann- und Streckvorrichtung allein nicht erreicht werden. Man wird gleichzeitig das Imprägnieren, Walzen und Pressen mit in Betracht ziehen müssen.

Karl W. J. S.

